

Eurokrise belastet zunehmend auch die deutsche Wirtschaft

Bisher trotzte die deutsche Wirtschaft der Eurokrise wie ein "Fels in der Brandung". Doch die Situation scheint sich zu ändern. Darauf deuten zwei in der vergangenen Woche veröffentlichten Konjunkturindikatoren hin. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft ist im Juli bereits das dritte Mal in Folge gefallen und liegt bei 103,3 Punkten. Im April waren es noch 109,8. Während die Lage dabei mit 111,6 Punkten weiterhin als gut eingeschätzt wird, liegen die Erwartungen für die kommenden sechs Monate mit 95,6 Punkten unter dem langjährigen Durchschnitt von 100. Die Eurokrise würde zunehmend die Konjunktur in Deutschland belasten, teilte der Präsident des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn mit.



Besonders im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Situation eingetrübt. Sowohl die aktuelle Geschäftslage, als auch die Erwartungen sind dort gegenüber dem Vormonat deutlich gesunken. Im Bauhauptgewerbe sieht man die aktuelle Situation zwar etwas besser, dafür ist man bezüglich der weiteren Entwicklung deutlich skeptischer geworden. Ähnlich sieht es im Großhandel aus. Der einzige Lichtblick ist der Einzelhandel. Sowohl die aktuelle Geschäftslage, als auch die Erwartungen, sind dort gestiegen.

Beim ifo Geschäftsklima handelt es sich um einen monatlich erhobenen Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Zur Ermittlung werden rund 7.000 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, sowie des Groß- und Einzelhandels nach der derzeitigen Geschäftssituation und den Erwartungen für die kommenden sechs Monate befragt.

Einkaufsmanagerindex mit stärkstem Rückgang seit Juni 2009

Kein besseres Bild zeigt die ebenfalls in der vergangenen Woche vom Londoner Markit Institut veröffentlichte Schnellschätzung des Deutschen Einkaufsmanagerindex. Im Industrie-Bereich ist

dieser von 45,0 auf 43,3 Punkte gesunken. Das ist ein 37-Monatstief. Ökonomen hatten im Vorfeld auf eine Stabilisierung gehofft.

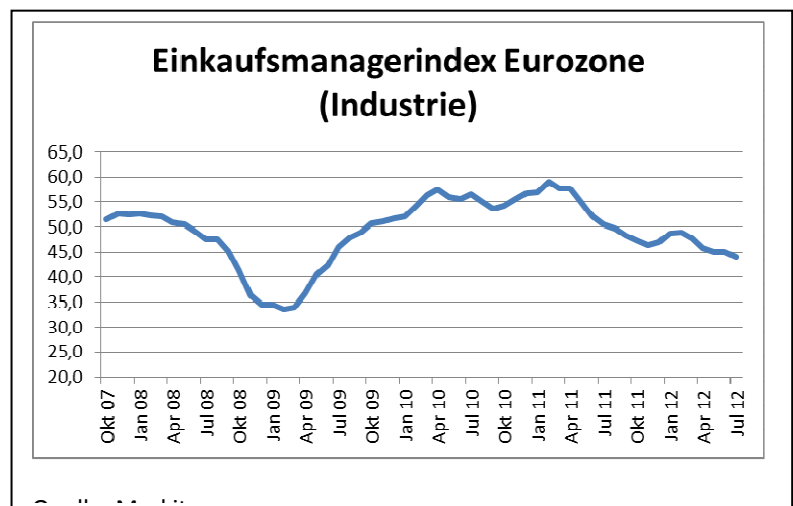
Die deutsche Privatwirtschaft sei im Juli den dritten Monat in Folge geschrumpft und verzeichnete dabei den stärksten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit Juni 2009, teilte das Markit-Institut mit. Am meisten getroffen habe es die Industrie. Während die Auftragseinbußen so hoch ausgefallen seien, wie zuletzt im April 2009, wäre auch die Industrieproduktion so stark wie seit rund drei Jahren nicht mehr zurückgefahren worden. Besser würde es im Dienstleistungsbereich aussehen, wo die Geschäftstätigkeit gegenüber Juni nur geringfügig zurückgegangen sei. Trotzdem liegt auch dieser Teilindikator auf einem 10-Monatstief und gleichzeitig dem zweitniedrigsten Wert seit drei Jahren.

Zumindest sei laut Markit die Beschäftigung in Deutschland stabil geblieben. Zwar hätte die Industrie Jobs abgebaut und dies sogar so stark, wie zuletzt vor zweieinhalb Jahren. Die Dienstleister hätten aber so viele neue Arbeitsplätze geschaffen, dass dieser Abbau unter dem Strich überkompensiert wurde.

Tim Moore, Senior-Ökonom bei Markit, sagte, dass die Juli-Daten verdeutlichen würden, dass sich die Lage der deutschen Privatwirtschaft im Vergleich zum ersten Halbjahr 2012 rapide verschlechtert habe. Durch den starken Einbruch bei den Exportneuaufträgen, würde vor allem die Industrie in der Krise stecken. Angesichts der anhaltend hohen Wachstumseinbußen, würde der Quartalsauftakt für die deutsche Wirtschaft so schlecht ausfallen, wie seit dem zweiten Quartal 2009 nicht mehr. Und wegen der sich verschärfenden Auftragsmisere könne das BIP im laufenden Vierteljahr sogar noch stärker schrumpfen, als im Schlussquartal 2011 mit 0,2 Prozent.

Auch Einkaufsmanagerindex für die gesamte Eurozone bessert sich nicht

Auch die Privatwirtschaft in der Eurozone insgesamt schrumpft weiter, wie die ebenfalls in der vergangenen Woche veröffentlichte diesbezügliche Schnellschätzung zum Einkaufsmanagerindex zeigt. Für den Industriebereich sank der Indikator von 45,1 Punkte im Juni auf jetzt 44,1 Punkte. Das ist ein 37-Monatstief. Auch hier schnitt die Industrie schlechter ab, als der Dienstleistungs-Bereich. Die Industrieproduktionen wurde so stark zurückgefahren, wie seit Mai 2009 nicht mehr. Bei den Dienstleistern gab es dagegen nur leichte



Geschäftseinbußen, welche allerdings schon zum zweiten Mal hintereinander aufgetreten sind. Hauptgrund für den erneuten Wachstumsrückgang seien auch hier die verstärkten Auftragsverluste.

Besonders gravierend ist, dass es im Juli sowohl in den Kern-, als auch in den Peripherieländern nach unten ging. Neben Deutschland schrumpfte auch in Frankreich die Wirtschaft schon zum fünften Mal in Folge. Allerdings schwächte sich der Rückgang den zweiten Monat in Folge ab, was allerdings nur auf den Dienstleistungs-Bereich zurückzuführen ist. Hier konnte der Index erstmals seit März wieder knapp über die Wachstumsschwelle von 50 Punkten steigen.

Insgesamt wurden in Europa zum siebten Mal in Folge Arbeitsplätze abgebaut und dies so stark, wie zuletzt im Januar 2010. Der Jobabbau betraf sowohl die Industrie, als auch den Dienstleistungsbereich. Allerdings fiel der Ausmaß je nach Land unterschiedlich aus. Während in Deutschland nur ein geringfügiger Abbau von Arbeitsplätzen zu verzeichnen war, wurden in Frankreich so viele Stellen gestrichen, wie seit Dezember 2009 nicht mehr. Auch in den übrigen Ländern sank die Beschäftigung im Durchschnitt mit der höchsten Rate seit November 2009.

Chris Williamson, Chef-Ökonom von Markit, schätzt, dass das BIP in der Eurozone im zweiten Quartal um ca. 0,6 Prozent gesunken ist. Diese Einschätzung würde die Vorabschätzung des Einkaufsmanagerindex bestätigen. Hauptverantwortlich für die anhaltende Misere sei die sich verschärfende Krise in der Industrie. Dort schrumpfte die Wirtschaftsleistung so stark, wie seit rund drei Jahren nicht mehr. Das betreffe auch die Kern-Länder. Der einzige Lichtblick sei der Sektors in Frankreich, wo sich die Binnenwirtschaft nach den Wahlen anscheinend wieder gefangen habe. Allerdings könne dies möglicherweise nur von kurzer Dauer sein. Angesichts der sich weiter verschlechternden Aussichten, würden die Unternehmen im gesamten Währungsgebiet momentan so viele Stellen streichen, wie seit zweieinhalb Jahren nicht mehr. Die Industrie baue zudem ihre Vor- Materiallager wegen der pessimistischen Umsatzaussichten in hohem Tempo ab.

Situation in China bessert sich dagegen

Positive Zeichen kommen dagegen aus China. Laut der Vorab-Schätzung des dortigen HSBC Einkaufsmanagerindex dürfte dieser bei 49,5 Punkten liegen. Dies wäre zwar weiter knapp unter der Wachstumsschwelle von 50. Dennoch wäre es eine Verbesserung von 1,3 Punkten gegenüber dem Vormonat und gleichzeitig der höchste Wert seit Februar. Dies könnte ein Anzeichen dafür sein, dass die geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen der Zentralbank erste positive Effekte zeigen und die chinesische Industrie langsam wieder in Schwung kommt. Noch sendet der Indikator allerdings keine ganz eindeutigen Zeichen. Hauptgrund für den Anstieg war die bessere Produktion. Dieser Teilindex lag erstmals seit Oktober 2011 wieder über 50 Punkten. Die Beschäftigungsaussichten sind dagegen weiter äußerst schlecht und sanken auf den niedrigsten Stand seit 40 Monaten.

Beim Einkaufsmanagerindex handelt es sich um einen wichtigen monatlich ermittelten Konjunkturindikator, für welchen Einkaufsmanager von rund 3.000 Industrieunternehmen nach der Entwicklung von bestimmten Kenngrößen, wie Auftragslage, Einkaufspreisen und Anzahl der Beschäftigten befragt werden. Der neutrale Wert liegt bei 50. Indexwerte darüber signalisieren eine sich verbessernde und Indexwerte darunter eine sich verschlechternde Einschätzung der Geschäftslage. Die europäische Umfrage wird in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Österreich, Irland und Griechenland durchgeführt. Die Geschäftstätigkeit dieser Länder entspricht rund 90 Prozent der gesamten Eurozone. Schnellschätzungen werden allerdings nur für Deutschland, Frankreich und die Eurozone veröffentlicht. Diese werden sehr stark beachtet, da es gewöhnlich keine größeren Abweichungen zum Endergebnis mehr gibt. **Die Endergebnisse werden in der kommenden Woche am Mittwoch für das verarbeitende Gewerbe und am Freitag für den Dienstleistungs-Bereich veröffentlicht.**

Deutsche Verbraucher bleiben zuversichtlich

Viel besser als in der Wirtschaft, sieht es bei der Einschätzung der Verbraucher aus. Das von der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ebenfalls in der vergangenen Woche herausgegebene Konsumklima konnte im Vergleich zum Vormonat sogar leicht auf 5,9 Punkte steigen. Zwar lässt auch der Konjunkturoptimismus bei den deutschen Verbrauchern deutlich nach. Dieser Teilindikator ist erneut um 8,6 Punkte gefallen, nachdem er im Vormonat mit einem fast doppelt so hohen Wert regelrecht eingebrochen war. Der Indikator liegt nun zum ersten Mal seit Dezember mit minus 5,6 Zählern wieder im negativen Bereich. Die Anschaffungsneigung konnte aber gleichzeitig auf ohnehin sehr gutem Niveau nochmals steigen und so auch für den leichten Anstieg des Gesamtindikators sorgen. Die Einkommenserwartung blieb trotz des schwindenden Konjunkturoptimismus stabil. Die GfK sieht mit dem Ergebnis ihre Ansicht bestätigt, dass der private Konsum zusehends eine wesentliche Stütze für die deutsche Konjunktur sei. Zwar würde der Export auch künftig ein wichtiger Baustein der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben, aber seine klar dominierende Stellung vermutlich nicht beibehalten können. Daher wäre es umso wichtiger, dass der private Konsum, welcher fast 60 Prozent des Bruttoinlandproduktes umfasse, als zweites Standbein für eine stabile konjunkturelle Entwicklung hinzukomme.

EUR/USD

EZB-Präsident Draghi: „Und glauben Sie mir, das wird ausreichen!“

In einer Rede während einer Konferenz in London deutete der EZB-Präsidenten Mario Draghi ein stärkeres Arrangement der Notenbank im Kampf gegen die Schuldenkrise an. „Innerhalb unseres Mandats ist die EZB bereit, alles Erforderliche zu tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, das wird ausreichen!“, sagte er. Die Gemeinschaftswährung sei ein unumkehrbarer Prozess. Sollten hohe Risikoaufschläge für Staatsanleihen der Peripherieländer die „Funktion der geldpolitischen Transmissionskanäle stören, fällt das in unser Mandat“, betonte Draghi. Mit ähnlichen Begründungen hatte die EZB schon bis Anfang diesen Jahres Anleihen der Peripherieländer im Wert von mehr als 200 Milliarden Euro auf dem Sekundärmarkt gekauft, um auf diesem Wege deren Renditen zu drücken. Das Programm ruht seit einiger Zeit, könnte nun aber wieder aufgenommen werden. In jedem Fall wird es zunehmend wahrscheinlich, dass die EZB in Kürze auf die sich zuspitzende Situation reagieren wird. **Vielleicht gibt es schon bei der EZB-Sitzung am kommenden Donnerstag diesbezügliche Entscheidungen.**

Die Märkte reagierten mit einem Kursfeuerwerk auf die Äußerungen von Draghi. Sowohl Aktien, als auch Gold und der Euro zogen deutlich an. Während EUR/USD am Vortag noch bis 1,204 gefallen war, ging es nach Draghis Rede innerhalb kurzer Zeit deutlich bis über 1,23 nach oben. Am Freitag stieg der Kurs dann sogar bis fast 1,24, verlor am späten Abend aber wieder deutlich und schließt bei rund 1,23. Insgesamt spricht die Situation nun dennoch für eine weitere Euro-Erholung. Die nächsten Widerstände finden sich bei 1,24; 1,255 und 1,275. Eintrüben würde sich die Situation allerdings, falls das Paar wieder unter 1,224 fällt. Spätestens unter 1,215 müsste von einer Fortsetzung des Abwärtstrends mit einem nächsten Ziele beim 2010-Tief bei 1,1874 ausgegangen werden. Doch auch wenn die bullische Variante zutrifft und der Euro zunächst weiter steigen kann, sollte man vorsichtig sein. Erst über 1,275 würde sich das Chartbild auch langfristig aufhellen und erst über 1,30 wäre tatsächlich eine Trendwende bestätigt.

In der kommenden Woche tagen die amerikanische und die europäische Notenbank. In beiden Fällen sind wichtige Entscheidungen möglich bzw. werden sogar von den Märkten erwartet. Zudem gibt es Spekulationen über eine



konzertierte Aktion von Notenbank und europäischen Regierungen zur Stabilisierung der Eurokrise. Je nachdem ob tatsächlich wichtige Dinge passieren, könnten diese auch längerfristig die weitere Entwicklung des Euros beeinflussen. Falls nichts (oder zu wenig) passiert, könnte die Enttäuschung darüber auch schnell zu einer neuen deutlichen Euro-Abwertung führen.

GBP/USD

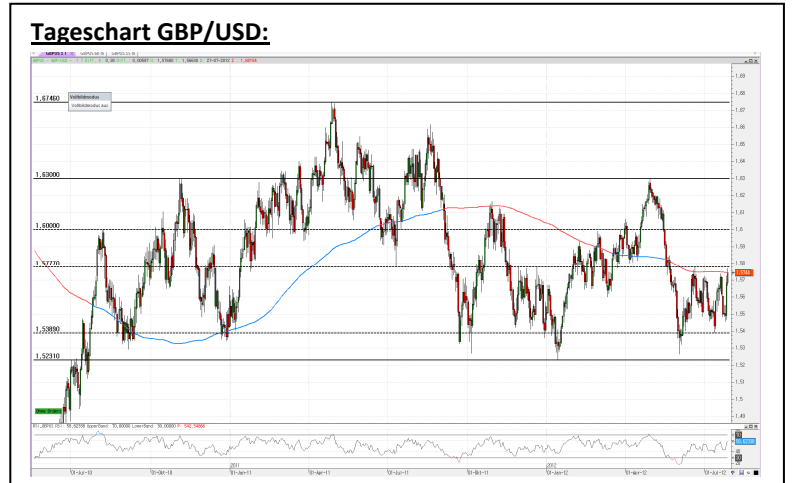
Großbritannien rutscht tiefer in die Rezession

Die Rezession in Großbritannien hat sich weiter verstärkt. Wie das britische Statistikamt in der vergangenen Woche bekannt gab, sank das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 0,7 Prozent. Das ist der dritte Rückgang in Folge und so stark wie seit Anfang 2009 nicht mehr. Im ersten Quartal des Jahres lag die Rate noch bei minus 0,3 Prozent. Finanzminister George Osborne sprach von „tiefverwurzelten wirtschaftlichen Problemen“. Zwar dürften der zusätzliche Feiertag wegen dem 60-jährigen Thronjubiläum von Königin Elisabeth II. und das verregneteste Frühjahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen für den Einbruch mitverantwortlich sein. Das Ausmaß überrascht dennoch. Ökonomen hatten im Vorfeld mit 0,2 Prozent einen wesentlich geringeren Wert erwartet.

Obwohl die Leitzinsen schon seit über drei Jahren auf dem Rekordtief von 0,5 Prozent verharren und erst kürzlich neue Anleihenkäufe beschlossen wurden, wodurch das Gesamtvolumen bereits auf 375 Milliarden Pfund angestiegen ist, kommt die britische Wirtschaft einfach nicht in Schwung. Schon von 2008 bis Ende 2009 befand man sich 18 Monate lang in der Rezession. Danach war nur ein geringes Wachstum zu verzeichnen, bevor man erneut in die Rezession gefallen ist. Besonders im Industriebereich sieht es mit einem Rückgang von 1,4 Prozent mau aus. Im Dienstleistungs-Sektor ging es dagegen mit 0,1 Prozent nur leicht nach unten. Belastend wirkt sich neben der Eurokrise das strikte Sparprogramm der Regierung aus, durch welches das hohe Haushaltsdefizit von acht Prozent abgebaut werden soll.

Kurzfristig erwarteten Ökonomen nun für das dritte Quartal ein leichtes Wachstum. Auch die anstehenden Olympischen Spiele dürften sich vorteilhaft auswirken. Allerdings ist zweifelhaft, ob dies ausreicht um für das Gesamtjahr noch eine positive Zahl erreichen zu können. Während der IWF zumindest noch 0,2 Prozent prognostiziert, sind viele Ökonomen skeptischer und erwarten einen leichten Rückgang der Wirtschaftskraft im Gesamtjahr.

GBP/USD schaffte es auch in der vergangenen Woche nicht aus der seit Anfang Juni bestehenden Seitwärtsrange zwischen rund 1,54 und etwas über 1,57 auszubrechen. Das Paar scheiterte dabei erneut an der wichtigen 200-Tageslinie (derzeit ungefähr bei 1,5742) und dem Widerstand bei 1,5777 (Hoch vom 20. Juni). Zum Wochenschluss liegt der Kurs wieder unter den genannten Werten. Damit ist weiterhin nicht viel passiert. Trotzdem ist ein baldiger bullischer Ausbruch nach oben insgesamt wahrscheinlich. Bestätigt würde dies, falls das Paar auf Tagesschluss-Basis über 1,5777 schließen kann. Anschließend würden die nächsten Ziele bei 1,60; 1,63 und rund 1,67 liegen. Damit würde dann der obere Bereich einer anderen größeren Range anvisiert werden, welche bereits seit Juli 2010 besteht und zwischen 1,6746 und 1,5234 verläuft. Sollte GBP/USD allerdings der beschriebene Anstieg nicht gelingen und der Kurs unter 1,539 fallen, würde anschließend eine deutliche Abwertung bis 1,5234; 1,48 und dann sogar 1,423 drohen.



USD/JPY

Japan erzielt überraschenden Handelsbilanzüberschuss

Zum zweiten Mal innerhalb von neun Monaten konnte Japan im Juni einen Handelsbilanzüberschuss vorweisen. Wie das Finanzministerium in der vergangenen Woche mitteilte lag dieser bei 61,7 Milliarden Yen. Ökonomen hatten ein Defizit von 140 Milliarden Yen erwartet. Im Mai lag das Defizit bei einem revidierten Wert von 910,4 Milliarden Yen.

Hauptgrund war ein überraschend starker Anstieg der Exporte in die USA. Diese legten um 15,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu. Um 7,3 Prozent rückläufig waren dagegen die Exporte nach China und mit minus 4,4 Prozent allgemein in den asiatischen Raum. Die Eurokrise machte sich deutlich bemerkbar und sorgte im Vergleich zum Vorjahr für einen Rückgang um 21,3 Prozent auf rund 519 Milliarden Yen.

Insgesamt befindet sich **USD/JPY** bereits seit Juni 2007 in einer langsamen, aber kontinuierlichen, Abwärts-Bewegung, welche den Kurs von über 124 bis zu einem Rekord-Tief bei 75,54 im Oktober letzten Jahres geführt hat. Einen weiteren Kursrutsch hatte Japan dann durch mehrere

Interventionen verhindert. Im Februar und März gelang überraschend ein steiler Anstieg von 76 bis 84,17. Seitdem geht es aber wieder nach unten und das Paar fiel am 1. Juni bis 77,62. Zwar konnte der Kurs anschließend nochmals über 80 steigen. Inzwischen scheint der Dollar aber seine Abwärtsbewegung wieder aufgenommen zu haben.

Auch in der vergangenen Woche setzte sich die Dollar-Abwertung zunächst fort und das Paar fiel erstmals seit Anfang Juni wieder unter 78. Die gestiegene Risiko-Bereitschaft sorgte am Freitag dann aber für eine Gegenbewegung bis über 78,50. Dies bedeutet allerdings noch keinen Trendwechsel. Erst über 78,80 würde sich die Situation etwas aufhellen und sogar erst über 80,62 sollte auch längerfristig von einer nachhaltigeren Bewegung bis 84 und 86 ausgegangen werden. Aus jetziger Sicht bleibt es aber wahrscheinlicher, dass es bald wieder nach unten geht. Die nächste wichtige Unterstützung findet sich beim Juni-Tief bei 77,62. Danach liegen weitere Haltemarken bei 76 und dem Allzeit-Tief bei 75,54. An sich wären anschließend sogar noch tiefere Kurse denkbar. Man muss

aber davon ausgehen, dass dies Japan durch neue Interventionen verhindern würde. **Schon unter 78, möglicherweise also schon bei einer Annäherung an das Juni-Tief bei 77,62, erwarten einige Experten eine Intervention! Diese Möglichkeit sollte derzeit also jederzeit bei USD/JPY-Trades berücksichtigt werden.**



EUR/AUD

Notenbank-Gouverneur sieht Australien gut gerüstet

Der Gouverneur der australischen Notenbank (RBA) Glenn Stevens sieht sein Land in einer guten Position gegenüber den globalen Risiken. Dies sagte er in einer Rede über den Zustand der nationalen Wirtschaft und Finanzstabilität. Australien hätte seit den frühen neunziger Jahren keine Rezession mehr gehabt und sich in mehreren globalen Krisen, wie zuletzt 2008 in der Finanzkrise,

behauptet. Stevens geht davon aus, dass dies auch in der Zukunft gelingt. Auf die zuletzt durch die Eurokrise gestiegenen Risiken und die nachlassende konjunkturelle Dynamik in China habe die Notenbank bereits vorsorglich reagiert. Sollte sich die globale Situation weiter abschwächen oder die Eurokrise eskalieren, müsse man zudem von einer deutlichen Abwertung des australischen Dollars ausgehen. Dies war auch während der Finanzkrise 2008 zu beobachten und würde die australische Wirtschaft dann andererseits wettbewerbsfähiger machen. Insgesamt sei Australien somit in einer glücklichen Situation.

Die RBA hatte in den letzten sechs Monaten die Geldpolitik deutlich gelockert und dabei unter anderem im Mai und Juni die Leitzinsen um insgesamt 0,75 Prozent auf jetzt 3,50 Prozent gesenkt. Für Australien ist dies ein recht niedriges Niveau.

Charttechnik: Kurzfristige Euro-Erholung wahrscheinlich

Im Oktober 2008 lag EUR/AUD bei 2,1164. Seitdem ist eine kontinuierliche Abwärtsbewegung zu sehen. Inzwischen hat sich der Kurs fast halbiert und fiel in der vergangenen Woche auf das Rekordtief-Tief von 1,1694. Die nächsten Ziele liegen bei 1,15 und 1,10. Längerfristig könnte möglicherweise die Parität (= Kursverhältnis von 1:1) erreicht werden. Natürlich findet jede Bewegung irgendwann ein Ende und angesichts der historisch tiefen Kurse fragt man sich bei diesem Paar ganz besonders, wann dies der Fall sein wird. Bisher gibt es aber keinen Grund auf ein Ende der Euro-Abwertung zu spekulieren. Weder fundamental noch charttechnisch erscheint dies wahrscheinlich.

Kurzfristig sieht die Situation allerdings anders aus. Hier ist eine gewisse Euro-Erholung durchaus wahrscheinlich, da der Kurs bereits deutlich überverkauft ist. Im Chart sieht man sehr gut, wie sich der Euro in der Vergangenheit stets deutlich erholen konnte, wenn eine überverkaufte Situation vorgelegen hat. Es ist davon auszugehen, dass dies auch diesmal der Fall sein wird und das Paar zumindest wieder über 1,20 steigt. Wichtiger Widerstand findet sich bei 1,21. Darüber könnte sogar eine deutlichere Euro-Erholung bis 1,25 und vielleicht 1,28 anstehen. An der langfristigen Situation würde sich allerdings erst über 1,303 etwas ändern.



NZD/USD

Notenbank lässt Leitzinsen unverändert

Die Reserve Bank of New Zealand (RBNZ) hat bei ihrer Sitzung in der vergangenen Woche keine Änderung an der Geldpolitik vorgenommen und die Leitzinsen somit bei dem bereits seit März 2005 gültigen Wert von 2,5 Prozent gelassen. Analysten hatten dies im Vorfeld ziemlich geschlossen so erwartet. Nun sehen einige Experten zwar eine etwas höhere Wahrscheinlichkeit für eine Senkung der Zinsen bei der nächsten Sitzung im September. Die überwiegende Mehrheit prognostiziert aber auch dann keine Änderung.

Die RBNZ begründete ihre Entscheidung mit den hohen Risiken und der schwierigen Weltwirtschaftslage, wobei die europäische Schuldenkrise das Hauptrisiko sei. Trotzdem rechnet man für Neuseeland mit einem weiterhin moderaten Wirtschaftswachstum. Die Inflation sei stabil unter dem Zielbereich von zwei Prozent.

Charttechnik:

NZD/USD befand sich seit Mitte Juni in einer engen Seitwärts-Bewegung zwischen rund 0,78 und 0,8075. Im Zuge der zum Ende der Woche gestiegenen Risiko-Bereitschaft konnte der Kurs nun aber nach oben ausbrechen und bis 0,8106 steigen. Damit ist nun ein weiterer Anstieg bis 0,8321 und 0,857 wahrscheinlich geworden. Wichtig ist, dass das Paar nicht mehr unter 0,78 fällt. Sonst würde eine weitere Abwertung bis 0,754 und 0,7367 drohen.

Langfristig ist es wahrscheinlich, dass sich NZD/USD weiterhin in der seit Anfang 2011 bestehenden Range zwischen rund 0,74 und rund 0,86 bewegt.

Tageschart NZD/USD



Wichtige Termine in der kommenden Woche

In der kommenden Woche stehen vor allem Sitzungen der Notenbanken im Fokus. Am **Mittwoch um 20:15 Uhr** wird das Sitzungsergebnis der amerikanischen Notenbank (Fed) bekannt gegeben. Am **Donnerstag folgen um 13:00 Uhr** das Sitzungsergebnis der Bank of England (BoE) und **um 13:45 Uhr** der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB wird zusätzlich **um 14:30 Uhr** eine Pressekonferenz geben. Alle drei Notenbanken hatten bei der letzten Sitzung vor rund einem Monat eine geldpolitische Lockerung beschlossen. Das Fed hatte die sogenannte „Operation Twist“, also den Umtausch kurzfristiger im Bestand befindliche Wertpapiere in langfristige, bis Ende des Jahres verlängert. Die BoE hat ihr Anleihenkaufprogramm wieder aufgenommen und das Volumen um 50 Milliarden auf jetzt 375 Milliarden Pfund erhöht. Und die EZB hatte die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf das Rekord-Tief von 0,75 Prozent gesenkt. Mit Spannung wartet man nun darauf, ob die jüngste Eskalation in der Eurokrise und die sich weiter eintrübenden konjunkturellen Aussichten in den USA und Großbritannien die Notenbanken schon jetzt wieder zum Handeln bewegen. In Großbritannien ist das BIP im zweiten Quartal überraschend stark um 0,7 Prozent zurückgegangen. Und in den USA wächst nicht nur die Wirtschaft langsamer. Auch der Arbeitsmarkt kommt weiter nicht in Schwung. Die Märkte erhoffen sich daher von der Fed ein neues „Quantitative Easing“ (QE3), also den Ankauf neuer Anleihen finanziert über die Druckerpresse. Ökonomen sind sich allerdings nicht einig, ob es dazu schon in der kommenden Woche kommen wird. Möglich wäre dies durchaus. Viele Ökonomen prognostizieren aber, dass man zunächst noch die weitere Entwicklung abwarten und dann im September erneut über QE3 nachdenken wird.

In der Eurozone spitzte sich derweil die Situation weiter zu. Insbesondere Spanien ist kaum noch in der Lage sich zu tragbaren Konditionen in den Märkten zu finanzieren. Es steigt daher die Wahrscheinlichkeit, dass die EZB reagiert und möglicherweise wieder Anleihen auf dem Sekundärmarkt kauft, um deren Renditen zu drücken. EZB-Präsident Draghi hatte die Märkte in der vergangenen Woche in einer Rede bereits darauf vorbereitet. Die Notenbank sei bereit „alles Erforderliche“ zu tun, um den Euro zu erhalten, sagte er. „Und glauben Sie mir, dass wird ausreichen!“ Sollten hohe Risikoaufschläge die Wirkung der Geldpolitik stören, „fällt das in unser Mandat“. Eine ähnliche Formulierung hatte man auch im vergangenen Jahr benutzt um die damaligen Anleihenkäufe zu rechtfertigen.

Egal, wie die Notenbank-Entscheidungen ausgehen: Die Märkte werden sehr stark darauf reagieren. Insbesondere auch auf die begleitenden Statements bzw. die anschließende EZB-Pressekonferenz.

Am Mittwoch werden außerdem die finalen Einkaufsmanagerindexe für zahlreiche einzelne Euro-Länder und die gesamte Eurozone bekannt gegeben. Für die Eurozone insgesamt, für Deutschland und für Frankreich gab es bereits in der vergangenen Woche eine Schnellschätzung. Daher ist hier eine größere Überraschung unwahrscheinlich. Spannend ist dagegen das Ergebnis für Spanien und

Italien. Die beiden Krisenländer stehen derzeit ohnehin unter ganz besonderer Beobachtung und hier gab es auch keine Schnellschätzung.

Bei den Einkaufsmanagerindexen handelt es sich um einen wichtigen monatlich ermittelten Konjunkturindikator, für welchen Einkaufsmanager von rund 3.000 Industrieunternehmen nach der Entwicklung von bestimmten Kenngrößen, wie Auftragslage, Einkaufspreisen und Anzahl der Beschäftigten befragt werden. Der neutrale Wert liegt bei 50. Indexwerte darüber signalisieren eine sich verbessernde und Indexwerte darunter eine sich verschlechternde Einschätzung der Geschäftslage. Die europäische Umfrage wird in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Österreich, Irland und Griechenland durchgeführt. Die Geschäftstätigkeit dieser Länder entspricht rund 90 Prozent der gesamten Eurozone. **Abonnenten von Reuters erhalten das Ergebnis schon zwei Minuten vor dem offiziellen Veröffentlichungs-Termin.** Somit kann es bei überraschenden Ergebnissen auch dann schon zu Bewegungen in den Märkten kommen.

Doch auch für Länder außerhalb der Eurozone werden in der kommenden Woche die wichtigen Einkaufsmanagerindexe veröffentlicht. Aufschluss über die voraussichtlich weitere Entwicklung in Großbritannien geben, **jeweils um 10:30 Uhr, am Mittwoch** der Industrie-Einkaufsmanagerindex, **am Donnerstag** der Bau-Einkaufsmanagerindex und **am Freitag** der Dienstleistungs-Einkaufsmanagerindex. Für die USA wird das Institute for Supply Management (ISM) **am Mittwoch um 16:00 Uhr** den Industrie-Einkaufsmanagerindex und **am Freitag um 16:00 Uhr** in Dienstleistungs-Einkaufsmanagerindex bekannt geben.

Am Freitag werden (wie immer am ersten Freitag des Monats) **um 14:30 Uhr** die amerikanischen Arbeitsmarktdaten veröffentlicht. Die Arbeitslosigkeit bleibt für amerikanische Verhältnisse sehr hoch und die Situation entspannt sich nur langsam. Die amerikanische Notenbank, welche auch der Vollbeschäftigung verpflichtet ist, sieht die Situation mit Sorge und spricht von einer „enttäuschend langsamen“ Entwicklung. Der Arbeitsmarkt wird eine ganz besondere Rolle spielen, wenn die Zentralbank bei ihrer kommenden Sitzungen über die Möglichkeit eines neuen Quantitativen Easing, also dem durch die Notenpresse finanzierten Ankauf von Anleihen, nachdenkt. Die Märkte werden jedenfalls sicherlich wieder mit hoher Volatilität auf die Arbeitsmarktdaten reagieren. Einen Vorgeschmack auf das Ergebnis können schon **am Mittwoch um 14:15 Uhr** der ADP Arbeitsmarktbericht und **am Donnerstag um 14:30 Uhr** die Wochenanträge auf Arbeitslosenhilfe geben. Sollte es hier zu größeren Abweichungen von den Erwartungs-Werten kommen, wäre dies ein Indiz dafür, dass es auch bei den offiziellen Zahlen am Freitag eine Überraschung geben könnte.

Die Renditen von Staatsanleihen der Peripherie-Staaten werden auch in der kommenden Woche wieder Beachtung finden. **Am Montag und Dienstag** geben Spanien und Italien neue Bonds heraus. Neben den Zinsen, wird auch wieder die Höhe der Nachfrage eine Rolle spielen. Solange dieser hoch bleibt, signalisiert dies zumindest noch grundsätzlich vorhandenes Vertrauen in die weitere Entwicklung dieser Länder.

Ihr MAVEST TEAM

KONTAKT

MAVEST GmbH
Churerstrasse 35
CH-9470 Buchs SG
FON: ++41 81 511 01 81
FAX: ++41 81 750 50 31
Handelsregister: CH-320.4.068.620-6
www.mavest.ch

DISCLAIMER

Wichtig ist uns: Auf keinen Fall sollten Leser aus unseren Bemerkungen und aus den manchmal etwas launigen Kommentierungen Rückschlüsse auf unsere gemachten und schon gar nicht auf künftige Handelsentscheidungen von MAVEST ableiten. Für uns gilt: Der Markt zeigt uns die Richtung. Bis dahin sind wir schwebend unentschieden. Selbstverständlich sollte niemand sich durch diesen Kommentar oder andere Hinweise auf unserer Homepage aufgefordert fühlen, auf den Kapitalmärkten aktiv zu werden. MAVEST lehnt jegliche Verantwortung für etwaige Kapitalverluste von Lesern dieser Kommentare ausdrücklich ab. Zu unserem Grundverständnis gehört es, dass Engagements an den Kapitalmärkten immer durch freie Investoren auf eigenes Risiko erfolgen sollten.